

Interpellation Nr. 140 (Januar 2026)

25.5593.01

zur Verteilung der Mittel der Fonds Innovation sowie Gesellschaft & Umwelt

Das Standortfördergesetz, welches den Innovationsfonds und den Fonds Gesellschaft & Umwelt definiert, wurde am 18. Mai 2025 an der Urne in einer Volksabstimmung angenommen. Die zusätzlichen Einnahmen aus der OECD-Mindeststeuer sollen zur Standortförderung eingesetzt werden. Ziel ist es, Unternehmen einschliesslich der KMU bei Innovationsprojekten sowie bei Klima-, Umwelt- und Sozialvorhaben zu unterstützen und damit die Auswirkungen der OECD-Steuer auf den Wirtschaftsstandort abzufedern.

Mittlerweile sind die ersten Gesuche eingereicht, geprüft und bewilligt worden. Dabei zeigt sich, dass im Bereich Innovation deutlich mehr Gesuche eingingen und auch bewilligt wurden als im Bereich Gesellschaft & Umwelt. Insgesamt wurden Fördermittel in der Höhe von rund 246,5 Millionen Franken gesprochen. Der zur Verfügung stehende Betrag im Fonds Gesellschaft & Umwelt wurde bei weitem nicht ausgeschöpft.

Vor diesem Hintergrund bitte ich die Regierung um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie verteilen sich die eingereichten und bewilligten Gesuche nach Unternehmensgrösse?
 - a. Für die Kategorien 0 bis 50 Mitarbeitende und 51 bis 250 wird um Auskunft gebeten, wie viele Gesuche jeweils eingereicht und bewilligt wurden und wie hoch der jeweilige Anteil am insgesamt zugesprochenen Fördervolumen ausfiel.
 - b. Für Unternehmen über 250 Mitarbeitende wird ebenfalls um Auskunft gebeten, wie viele Gesuche jeweils eingereicht und bewilligt wurden und wie hoch der jeweilige Anteil am insgesamt zugesprochenen Fördervolumen ausfiel. Dabei sollen drei sinnvolle Intervalle bezüglich der restlichen abzudeckenden Anzahl Mitarbeitende gewählt werden, sodass sich jeweils mindestens 5 Unternehmen in jeder Kategorie befinden.
2. Aus welchen Gründen wurden Gesuche abgelehnt?
3. Weshalb wurden im Bereich Umwelt & Soziales so wenige Gesuche eingereicht? Welche Erkenntnisse liegen der Regierung dazu vor?
4. Wie wurde die Möglichkeit zur Förderung im Bereich Elternzeit an die Unternehmen kommuniziert? Wurde die Zielgruppe spezifisch informiert und falls ja, über welche Kanäle? Waren die Workshops zur Bekanntmachung aufgeteilt auf die zwei Fonds?
5. Welche Massnahmen plant die Regierung, um die Anzahl der Gesuche insbesondere im Bereich Umwelt & Soziales zu erhöhen? Wie stellt der Regierungsrat sicher, dass neben KMUs auch Organisationen, die ohne Gewinn arbeiten, von der Möglichkeit der Elternzeit erfahren?
6. Ist der Regierung bekannt, wie viele Unternehmen auf Grund der Förderung der Elternzeit neu Elternzeit einführen? Gedenkt die Regierung dies künftig zu monitoren?
7. Erwägt die Regierung eine Informations- oder Sensibilisierungskampagne, um das Wirkungspotenzial der Elternzeit sowie von Umwelt- und Sozialprojekten besser zu erschliessen und die Fördermöglichkeiten breiter bekannt zu machen?
8. Für das Jahr 2026 ist eine Äufnung mit 400 Millionen geplant. Rechnet die Regierung mit einer Verbesserung der wirtschaftlichen Situation und zusätzlichen Mehreinnahmen der OECD-Steuern? Oder wie begründet der Regierungsrat die Erhöhung um 100 Millionen?

Leoni Bolz